

Zur Diskussion in Online-Foren nach der Haushaltssitzung 2010

Es ist doch immer wieder spannend, zu sehen, wie sich neben seriösen Kommentator/inn/en auch der intellektuelle „Couch-Potato“ auf 16vor austobt, noch bevor dort Informationen überhaupt veröffentlicht werden.

So genügte am Abend des 16.12.2010 der schlichte Hinweis, dass ein ausführlicher Bericht erst am kommenden Tag erscheinen würde, um den Startschuss für persönliche Diffamierungen freizugeben. So lautete der erste Kommentar noch angemessen:

„Ich glaube, es ist müßig, hier über Schuld und nicht Schuld von einzelnen Personen zu sprechen.“ -

Doch schon im dritten Kommentar ließ Johannes Barrot als „Vorsitzender der Trier-Nord“ die Katze aus dem Sack:

„Spang und Brand sind politisch völlig unzurechnungsfähig. [...]Außerdem sind sie populistisch, wenn sie erst ihre Eishalle durchsetzen wollen und nun den Haushalt für Trier ablehnen, weil sie nicht genug Sparwillen erkennen“.

Dieser Kommentar verschweigt allerdings das Wesentliche! – In meiner Haushaltsrede habe ich so argumentiert:

„Auf den beiden ganztägigen Sitzungen des Steuerausschusses zeichnete sich sehr schnell ab, dass sowohl die Koalition als auch der Stadtvorstand von dem „Konsolidierungsprogramm“ des Haushaltes nicht abweichen wollten. Gleichzeitig wunderte sich doch, mit welcher Selbstverständlichkeit die Koalitionäre mit mehrseitigen Listen aufwarteten, auf denen Planungskosten für sogenannte „Schwerpunktprojekte“ verabschiedet werden sollten. So zum Beispiel 100.000 Euro für die Planungen einer Fußgängerquerung über oder unter die Gleise des Hauptbahnhofs in Richtung Güterstraße. 100.000 Euro für die Planung der Regional- und Stadtbahn. 260.000

Euro für einen Haltepunkt der Regional- und Stadtbahn am Mäuseckerweg/Hafenstraße und so weiter. Ermuntert durch diese teilweise auch fraktionsübergreifenden Zustimmungen für wichtige Projekte, die auf den Weg gebracht werden müssen, brachte dann auch der Ortsvorsteher von Kürenz, Herr Bernd Michels (CDU), einen Antrag ein, der zuvor vom Ortsbeirat in Kürenz einstimmig beschlossen wurde. 100.000 Euro sollten für die weitere Planung der Ortsumgehung Kürenz eingestellt werden, zumal die Zementbrücke in diesem Jahr nun endgültig abgerissen worden war. Hinzu kommt noch, dass die Firma Ehm in der Zufahrt zu ihrem Firmengelände seit geraumer Zeit vom ordentlichen Straßennetz der Stadt abgeschnitten ist. Beide Probleme könnten durch den Bau dieser Brücke geregelt werden. Die Verwaltung lehnte in einem Kommentar die Einstellung von Geldmitteln in den Haushalt jedoch ab, mit dem Argument, dass die Anschlussfinanzierungen noch nicht gesichert seien. Der Antrag fand im Steuerausschuss dann auch keine Mehrheit. – Dies erstaunt umso mehr, weil auch für die beschlossene Querung der Bahngleise hin zur Güterstraße noch überhaupt keine Anschlussfinanzierung fest steht.

Dennoch wurde der eine Antrag von den Koalitionären durchgedrückt, während das Kürenzer Projekt schon seit Jahren abgelehnt und auf allen Ebenen der Stadt blockiert wird. Ich habe daraufhin die ADD veranlasst, die jahrelange Nichtbeachtung von rechtsverbindlichen Vorlagen zu überprüfen: Konkret hier die Vorlage 063/2007, die schon 2007 als Verkehrslösung für Kürenz verabschiedet wurde. Es kann einfach nicht angehen, dass sowohl der Stadtrat als auch die Verwaltungsorgane zusammen mit dem Stadtvorstand Vorlagen seit über sechs Jahren nicht realisieren und auch nicht gewillt sind, die Voraussetzungen für eine ordentliche Realisierung zu schaffen, während kurzfristig andere Projekte bevorzugt

werden, für die die gleichen finanziellen Bedenklichkeiten gelten.

Ich lehne den Haushalt ab, weil bei den Haushaltsplanungen mit zweierlei Maß gemessen wird.“

Hier nenne ich also die Gründe, die aufzeigen, warum wohlmöglich auch Spang und Brand gegen den Haushalt gestimmt haben: Denn auch sie hatten festgestellt, dass die Koalitionäre – und hier besonders die SPD, aber auch die FDP (!) – mit zweierlei Maß messen. Das sehen Teile der CDU ebenso wie übrigens auch Teile der FWG. Mit Recht ist dieser Blick auf die Dinge fraktionsübergreifend, wenngleich die beiden hochstilisierten Lager von „Koalition“ und „Opposition“ so noch nicht überwunden sind.

Der Vorwurf von Johannes Barrot (SPD) ist also absurd: Er zeugt zudem von einer Ahnungslosigkeit der hier waltenden politischen Dynamik, die unter Umständen nur durch ein erhebliches Verdrängungspotential und – bedürfnis erklärt werden kann. Der eigene, politische Widerspruch wird auf andere projiziert, wodurch dann gleichzeitig der Ring für das Agieren der „Inquisition“ freigegeben wird. Der politische Gegner wird da mal schnell als „politisch völlig (!) unzurechnungsfähig“ diffamiert. (Dass die Redaktion von 16vor diesen Ausdruck hat durchgehen lassen, zeugt mehr vom politischen Standpunkt der Redaktion als von der Kenntnis ihrer eigenen Veröffentlichungsrichtlinien, die „Verunglimpfungen“ explizit ausschließen!)

Werden die Richtlinien aber nicht ernst genommen, dann verhalten sich auch die anderen Kommentatoren dementsprechend und beteiligen sich an der „Waldmanns Heil“ ausgerufenen „Hetze“. Die Meute folgt:

„Brand und Spang haben sich als zuverlässig unzuverlässige Populisten ohne jegliches Verantwortungsgefühl und als feige Kam[e]raden geoutet.“ - Und sodann:

„FWG und Brand sprech[e] ich in der Sache die Schuld ab, denn sie wissen nicht was sie tun! Die restlichen Gegenstimmen zählen zwar auch mit, aber die kann doch kein vernünftiger Mensch ernst nehmen.“

„Noch armseliger das Verhalten der beiden Abweichler. Da fehlt mir jedes Wort!

Verbeek und Babic, pah, eigentlich nicht mal der E[r]wähnung wert!“ – Und so weiter ...

Es genügt schon zwei Namen nebeneinander zu erwähnen, um eine politische Nähe und willentliche Entscheidungsgemeinschaft zu suggerieren, nur weil die beiden genannten Personen zufällig nebeneinander im Stadtrat sitzen. Diese Logik ist so absurd, dass sie schon kaum mehr auffällt, obwohl auch der TV entsprechend verfährt: Einige Stadträte werden namentlich genannt, andere werden hinter dem politischen Kürzel CDU und FWG versteckt und anonymisiert! Die vermeintliche „Schuldzusprechung“, die hier suggeriert wird, fällt dadurch enorm leicht aus! Denn die Frage nach den – mitunter auch verschiedenen - Motivationen für eine Entscheidung der MandatsträgerInnen im Stadtrat wird überhaupt nicht in den geistigen Horizont der Kommentatoren und Leser erhoben, denn dann müsste man selbst seine eigenen Kommentare differenzieren und könnte nicht mehr wahllos auf demokratisch gewählte Stadträte einschlagen, die allemal persönlichen Respekt für ihre politischen Entscheidungen verdienen!

Die vermeintliche Empörung, in die man sich hier mit diesem Scheinhabitus einer Kritik einübt, wirkt in der Tat etwas aufgesetzt, denn tatsächlich werden keine Fakten oder gar Sachverhalte aus den zuvor in den politischen Gremien geführten Diskussionen angeführt. – Wie denn auch? Die Bürger-Kommentatoren von 16.vor brauchen keine Fakten, sie benötigen ja nur einen „Startschuss“, um loszulegen! Jeglicher Bezug auf Fakten schränkte die eigene „Hetze“ ja nur ein - etwas, was ja nicht sein

soll, wenn man sich – wie sonst auch - hemmungslos und verbal ausleben will!

Zuletzt schrieb eine Kommentatorin in 16vor allen Ernstes:

„[...] so leiste ich mir den Luxus mich an nichts binden zu müssen und beurteile nach meiner eigenen Meinung solche Themen.Und bei dem Theater derzeit im Stadtrat kann ich bei jeder Fraktion Fehlentscheidungen in dieser Woche finden.“ –

Hurra! – Warum eigentlich sollten Herr Spang und Herr Brand nach anderen Kriterien beurteilt werden als nach denen, die man sich selber gibt? – Oh heiliger Widerspruch, errette mich vor mir selbst, kann ich da nur sagen! - Auch Spang und Brand nahmen sich die Freiheit „sich nicht binden zu müssen“ und nach ihrer „eigenen Meinung“ politische Umstände zu beurteilen, um daraus entscheidende Konsequenzen zu ziehen! –

Sollte man hier anderer Meinung sein, bitte schön! Nur wenn der Respekt vor den Entscheidungen anderer nicht nur völlig fehlt, sondern auch auf diese Art und Weise persönlich diffamiert wird, verkommt eine politische Diskussionskultur! Die so genannten Trierer „unabhängigen“ Medien tragen daran eine große Mitverantwortung!

Parteiübergreifendes Denken wird todgeschwiegen! Es wird überhaupt nicht mehr kommuniziert, weder in den Faktionen noch in den „parteiübergreifenden“ Medien. Die einen setzen es als fraglos vorgegeben voraus, wie die Koalitionäre unter sich, was ein ebenso großer Fehler ist, wie die Gegenposition, die dadurch zum Ausdruck kommt, dass man sich überhaupt nicht mehr vorstellen kann, mit anderen gemeinsam etwas zu entscheiden, obwohl dieser Konsens dann über die verschiedenen Parteigrenzen hinwegginge – eine Möglichkeit, die von auf Macht fixierten Politikern von vorneherein in Frage gestellt wird und daher erst gar nicht gesucht wird:

Man will ja die Macht der Entscheidung, nicht aber die sachlich geführte „Übereinstimmung“ zum Wohle der Kommune. Ein anschauliches Beispiel dafür bietet der Kommentar von Anja Reinermann-Matatko (Die Grünen), die in diesem Zusammenhang kürzlich meinte: was sollte man sich mit der - aus ihrer grünen Sicht vergeblichen – Überzeugungsarbeit anderer aufhalten!?! (vgl. TV)

Mit dieser geistigen Einstellung ist aber schon jeglicher rationaler Dialog als Vorbedingung politischer und demokratischer Entscheidungen ausgeschlossen.

In diese kommunikationstheoretische Falle sind aber sowohl der Oberbürgermeister als auch die Bündnis-Koalitionäre mit völliger Ahnungslosigkeit hinein gelaufen. – Allein das ist hier interessant: Ohne eine – wenn auch nur fiktive - Richtungsvorgabe läuft keiner in eine solche, vorgegebene, handlungstheoretische Falle: Er könnte ja [ohne dass eine Richtungsvorgabe vorwaltete] überall hin, denn er wäre offensichtlich „vorurteilsfrei“ zu nennen! – So ist aber die politische Situation in Trier nicht vorgeprägt. - Es müssen also noch andere politische Kräfte im Werke sein, die – ähnlich wie die Gravitationskraft – kaum spürbar und völlig unsichtbar, jedoch weithin wirksam gestaltend überall mitagieren und dennoch kaum auffallen!

Dass den noch völlig unaufgeklärten Kommentatoren von 16vor dieser soeben aufgezeigte Aspektwechsel am eigenen Horizont vorbeigeht, ist freilich nicht sonderlich erklärungsbedürftig. – Zeigt er doch die einseitige und vielfach unausgesprochene Parteigebundenheit der selbsternannten Inquisitor/inn/en auf. Es ist der eigene Dogmatismus, der die Sicht auf andere, größere Zusammenhänge verstellt. Das Problem dabei ist nur, dass schon nach Kant die eigene Unmündigkeit immer auch als selbstverschuldet zu denken ist. – Dies ist eine Grenze, die die Kommentator/inn/en auf 16vor nicht vor das eigene Ge-

sicht bekommen. Somit fallen ihre ausgesprochenen Schuldzuweisungen doch gar sehr unkritisch aus!

In meinen Augen haben sowohl die Grünen als auch die FWG sehr blauäugig gedacht – und insofern auch äußerst fahrlässig gehandelt: Gerd Dahm wirft in meinem TV-Kommentar (17.12.10) der CDU und der FWG vor „unverantwortlich“ gehandelt zu haben als sie den Haushalt ablehnten. Warum Gerd Dahm vergessen hat, dass selbiges die Grünen vor nicht allzu langer Zeit permanent auch taten, weiß ich nicht!? Insbesondere weiß ich auch nicht, warum die FWG auf der einen Seite den Haushalt inhaltlich klar begründet ablehnt, dann aber in einem Atemzug beklagt, „dass er [der Haushalt 2011] nicht durchgehen würde, damit habe ich [Frau Probst] nicht gerechnet.“ – Das erstaunt aber umso mehr, wenn man den Haushalt doch aktiv und geschlossen ablehnt! – Wie kann man dann aber andererseits erstaunt darüber sein, dass der Haushalt „nicht durchgeht“? Selbst die Ahnungslosigkeit der SPD lässt hier sehr tief blicken, wenn Sven Teuber feststellt: „Dies Abstimmungsverhalten war nicht vorhersehbar.“ – Warum eigentlich nicht, frage ich mich?

Trier, den 19.12.2010
Johannes Verbeek